

Kritik am Politischen Islam ist praktizierter Verfassungsschutz

Anstatt sich der sachlich fundierten Aufklärung über Wesen und Ziele des Politischen Islams zu öffnen, erklären weite Teile der deutschen Politik und auch der Medien diese Aufklärungsarbeit pauschal zum Feindbild. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den faktisch belegten Argumenten findet nicht statt. Anstelle dessen wird der Versuch unternommen, Kritik am Politischen Islam zu kriminalisieren (Stichwort „Rassismus“, „Volksverhetzung“, „Hatespeech“, etc.), um damit die hochnotwendige Diskussion über dieses wichtige Thema unterdrücken zu können. Sachlich fundierte Kritik gegen grundgesetzwidrige und verfassungsfeindliche Bestrebungen des Politischen Islams sowie gegen Angriffe der Politik auf die Meinungsfreiheit sind praktizierter Verfassungsschutz!

Über die Arbeit der Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V.

Wir von der Bürgerbewegung PAX EUROPA klären seit über zehn Jahren unermüdlich über die vom Politischen Islam ausgehenden Menschenrechtsverletzungen und demokratiefeindlichen Bestrebungen auf. Dabei publizieren und vertreiben wir Informationsmaterial, führen Infostände und Kundgebungen in ganz Deutschland durch, geben öffentliche Stellungnahmen ab und wenden uns mit Offenen Briefen an politische Entscheidungsträger sowie Parlamentarier. In der Vergangenheit nahmen wir auch an Konferenzen der OSZE teil. Unsere Arbeit ist politisch unabhängig und überkonfessionell. Jeder Demokrat und Menschenrechtler ist bei uns herzlich willkommen und zur Mitarbeit eingeladen.

Wenn sich durch unsere Aufklärungsarbeit auch modern, demokratisch und freiheitlich eingestellte Moslems davon überzeugen lassen, sich vom Politischen Islam und seiner Gesetzgebung Scharia zu distanzieren, wäre ein wichtiger Schritt getan, dass sich der Islam künftig als säkulare und rein spirituell orientierte Religion in unsere Gesellschaft harmonisch einfügen kann. Ohne weltlichen Machtanspruch, der mit Gewalt- und Tötungslegitimation durchgesetzt werden soll, ohne eine in weiten Teilen menschenrechtswidrige Gesetzgebung aus dem 7. Jahrhundert, ohne Diskriminierung von anderen Religionen, ohne Unterdrückung der Frauen und ohne Feindseligkeiten gegen Minderheiten wie Homosexuelle.



Aktiv werden!

Unterstützen auch Sie unsere wichtige Aufklärungsarbeit, die sich allein aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert, durch Ihre Mitgliedschaft!

Nähere Informationen über unsere Arbeit und anstehende Aktionen und Termine sowie den Mitgliedsantrag entnehmen Sie bitte unserer Homepage.

www.paxeuropa-bpe.de

Sie können sich auch gerne per E-Mail an unsere Bundesgeschäftsstelle wenden. Wir schicken Ihnen den Mitgliedsantrag dann direkt zu.

Aufklären statt Verschleiern!

Spendenkonto: Bürgerbewegung PAX EUROPA
IBAN DE51 4455 1210 0001 5658 52
BIC WELADED1HEM



Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Mendener Straße 31
58710 Menden

kontakt@paxeuropa-bpe.de

Vi.S.d.P.: Gerhard Kizina, Bundesgeschäftsführer

Für Aufklärung und
Menschenrechte

Brennpunkt Politischer Islam

Demokratie und Menschenrechte in Gefahr!



Aktiv werden für den Schutz und Erhalt europäischer Werte und Freiheiten!



www.paxeuropa-bpe.de

Ausgangssituation und Problematik

Die heutigen Lebensverhältnisse in Deutschland und Europa sind keine Selbstverständlichkeit. Die freiheitlichen Gesellschaften, die den Bürgern Europas ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen, mussten gegen verschiedene autoritäre Herrschaftsformen hart erkämpft werden. „Wehret den Anfängen!“ muss es in Hinblick auf ein mögliches Wiederaufkommen von totalitären Ideologien und Weltanschauungen zu Recht lauten. Doch wo bleibt an dieser Stelle der notwendige frühzeitige politische und gesellschaftliche Widerstand gegen den Politischen Islam, der eine große, existenzielle Bedrohung für die freiheitliche Gesellschaft darstellt und in Deutschland und Europa zunehmend an Verbreitung und Einflussnahme gewinnt?

Die Geschichte lehrt, dass der Politische Islam überall dort, wo er dauerhaft Fuß gefasst hat, alle angestammten Kulturen und Religionen an den Rand gedrängt oder gänzlich zerstört hat. Die Zementierung und Expansion islamischer Parallel- und Gegengesellschaften, der schleichende Einzug der Scharia in Gesellschaft, Justiz und Politik, ein exzessiver Moscheebau, die zunehmende Machtdemonstration des Politischen Islams im öffentlichen Raum, die Einflussnahme der von ihm dominierten Organisationen auf die Politik und Gesetzgebung der europäischen Staaten, die anhaltende Massenzuwanderung von Anhängern des Politischen Islams nach Deutschland und Europa sowie die wachsende Bedrohung der inneren Sicherheit durch djihadistische Gewalt und Terror geben Anlass zu großer Sorge und akutem Handlungsbedarf.

Der Politische Islam nimmt Europa immer stärker in den Würgegriff. Seine Ausbreitung, begleitet von Einschüchterung durch Gewaltandrohung und Gewaltausübung gegenüber der nichtmoslemischen Bevölkerung, gewinnt zunehmend an Fahrt. Die Gesellschaften Europas stehen in der Begegnung des Politischen Islams einer ihrer größten Herausforderungen der Gegenwart gegenüber.

Der Politische Islam

Das ideologische Fundament des Politischen Islams sind die islamischen Schriften, das heißt Koran und Sunna (die Schriftensammlungen über die Aussagen und Taten des Islambegründers Mohammed). Im Namen seines Weltherr-

schaftsanspruchs strebt der Politische Islam danach, alle nichtislamischen Religionen und Kulturen zu zerstören und die Scharia weltweit als für alle Menschen verbindliche Lebensform und Rechtsordnung durchzusetzen. Dieses Ziel soll mit Hilfe des Djihad (arab., „Anstrengung/Kampf für die Sache Allahs“) erreicht werden.

Folgende Merkmale zeichnen den Politischen Islam insbesondere aus:

- Gottesgesetz, d.h. die Scharia, steht über allen von Menschen geschaffenen Gesetzen
- Staat und Politischer Islam bilden eine unzertrennliche Einheit (Kalifat)
- Unterteilung der Menschen in Übermenschen und Untermenschen (Nichtmoslems, „Ungläubige“, arab. kuffar)
- Unterwerfung der Frau unter den Mann
- Ungleichheitsprinzip und Körperstrafen der Scharia
- Aggressive Verachtung und Bekämpfung aller nichtislamischen Religionen und Kulturen
- Weltherrschaftsanspruch
- Gewalt- und Tötungslegitimation zur weltweiten Durchsetzung seiner Ideologie
- Djihad als immerwährende Kriegserklärung gegen die „Ungläubigen“
- Kritikverbot, insbesondere an dessen Begründer Mohammed
- Todesandrohung bei Abfall oder Konversion

Religionsfreiheit – eine Schicksalsfrage für Europa?

Was den Umgang mit dem Politischen Islam in Deutschland und Europa anbelangt, müssen die Aufklärung über Wesen und Ziele dieses religiös begründeten Totalitarismus und politische Maßnahmen zum Schutze von Demokratie und Menschenrechten im Mittelpunkt stehen.

Der Politische Islam darf sich nicht durch die Hintertür der Religionsfreiheit Zugang zu den freien Gesellschaften Europas verschaffen, um diese durch sein Gesellschaftssystem auf der Grundlage der Scharia zu ersetzen. Die Religionsfreiheit muss ihre klaren Grenzen haben und darf nicht Wegbereiter für eine totalitäre Ideologie sein, die sich religiös begründet und letztendlich danach strebt, alle Freiheiten abzuschaffen. Die Grenzen der Religionsfreiheit müssen dort liegen, wo gegen die universellen Menschenrechte, gegen geltende Gesetze und gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip verstoßen wird.

Es ist enorm wichtig zu erkennen, dass es sich beim Islam eben noch nicht um eine Religion rein spiritueller Natur handelt, die nachhaltig säkularisiert ist und Glaube als Privatsache betrachtet. Solange die politischen Bestandteile in dem Gesamtkonstrukt dieser Religion weiter existent sind und vielfach ausgeführt werden, kann auf Dauer kein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft garantiert werden, in der sich diese Ideologie ausbreitet. Die missbräuchliche Anwendung der Religionsfreiheit gegenüber dem Politischen Islam entwickelt sich zunehmend zu einer Schicksalsfrage für Europa. Ein „Weiter so“ im Umgang mit dem Politischen Islam liefe auf eine Selbstzerstörung der freien Gesellschaften Europas hinaus.

Das Versagen der Politik

Die Beschönigungs- und Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Politischen Islam muss beendet werden. Längst überfällig ist eine öffentliche tabulose Debatte, bei der die vom Politischen Islam ausgehenden Menschenrechtsverletzungen und demokratiefeindlichen Bestrebungen klar beim Namen genannt werden. Daraus müssen sich konkrete politische Maßnahmen zum Schutze von Demokratie und Menschenrechten und den Fortbestand der freiheitlichen Gesellschaften Europas ergeben.

Die gegenwärtig praktizierte Laissez-faire-Politik gegenüber dem Politischen Islam ist unverantwortlich und setzt ein Leben künftiger Generationen in Freiheit und Selbstbestimmung fahrlässig aufs Spiel.

Die Politik muss endlich handeln und unter Ausschöpfung aller demokratischer und rechtsstaatlicher Mittel dem Politischen Islam begegnen.